

Sonn-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Sonntags-Zeitung erscheint wöchentlich zweimal und zwar als Frühblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Halle und Land...
Die Sonntags-Zeitung erscheint wöchentlich zweimal und zwar als Frühblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Halle und Land...
Die Sonntags-Zeitung erscheint wöchentlich zweimal und zwar als Frühblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Halle und Land...

Die innerpolitische Krise in England.

Lloyd George ist nicht der Mann, der ruhig wartet, bis seine Stellung untergraben ist. Er hat mit seinem Briefe an den Unionistenführer Austen Chamberlain Klarheit verlangt. Entweder stellen sich diejenigen Konserverativen, die sich zur Koalition rechnen, klar auf deren Boden, oder der Premier geht. Lloyd George hat diese Alternative wohl besonders in Rücksicht auf den kommenden Wahlkampf gestellt. Es ist unmöglich, den Ansturm der jetzt in drei Richtungen streifenden Asquith-Liberalen und Arbeiterpartei abzuwehren, wenn die Koalition in sich noch vor der Wahl schlacht gerät. Der rechte Flügel der Unionisten, der ohnehin der Koalition ferngeblieben ist, würde dem Schwärdenwerden der jetzigen Koalition allerlei Elemente ausfüllen. Darauf spekulieren zahlreiche Kreise der rechtsstehenden Unionisten. Sie möchten darum auch jetzt ein Kabinett Chamberlain über Ballfour.

Aber Lloyd George fürchtet, daß seine Politik der Mitte damit nicht nur in Trümmern geht, sondern daß dann auch die Linksoption das Wahlverloren gewinnt. Aber alle Symptome vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, daß Lloyd George an Einfluß und Ansehen verlor. Sicher hat ihm sein ständiges Herangehen an die eigenjinnigen Bündnisse des Herrn Poincaré in seinem Lande geschadet. Die Frage steht jetzt so, ob der Premier durch seinen energischen Schritt sich noch einmal die notwendige Erfolgshilfe innerhalb der alten Koalition zu sichern vermag. Seinen Wunsch, die Koalitionsparteien zu einer neuen Partei zu verschmelzen, hat er sicher nicht aufgegeben, und wenn ihm jetzt der Erfolg hold ist, so darf man als einigermaßen sicher annehmen, daß er nicht mit der gegenwärtigen Koalition, sondern mit einer neuen Partei, gebildet aus dieser Koalition, in den Wahlkampf zieht.

Die Spannung in London auf dem Höhepunkt.

Der Korrespondent der „Daily“ drapierte Sonnabend nachmittag aus London: Die Spannung der politischen Kräfte hat von gestern auf heute nur noch eine Steigerung erfahren. Die Beziehungen, die gestern abend hinter den Kulissen festgefunden haben, brachten noch keinerlei Klärung in die verworrene Lage. Das Schicksal des Kabinetts Lloyd George wird sich am Sonntag in Speyer und Montag in der Besprechung der Unionisten entscheiden. Sonntag tritt auf dem Landtag Lloyd Georges das Kabinett zusammen, um zur Lage Stellung zu nehmen, und am Montag werden die Unionisten über ihre Faltung Beschluß fassen. Doch das Kabinett sich einmütig hinter Lloyd George stellt, ist sicher Sollen aber auch die Unionisten sich ihrerseits geschlossen hinter Sir George Younger stellen, so ist die Krise unermittlich. Für diesen Fall rechnet man mit Bestimmtheit auf die Demission der Regierung.

Chamberlains Rede in Oxford.

„Gemäßigte und vernünftige Politik gegen Deutschland.“

In einer Rede in Oxford sagte Chamberlain, Lloyd George habe ihn gefragt, ob er seinen — Lloyd Georges — Rücktritt für erforderlich halte. Er holte darauf die Ansichten der einzelnen Kabinettsmitglieder ein und erklärte Lloyd George, nach der einmütigen Ansicht seiner Kollegen erfordere das nationale Interesse, daß Lloyd George weiter an der Spitze der Regierung bleibe.

Chamberlain besprach in seiner Oxford-Rede auch die Außenpolitik. Er sagte, England habe eine klar umschriebene Politik, die darin bestehe, die Freundschaft mit den bisherigen Verbündeten zu erhalten und zu festigen und im besonderen Europa Sicherheit und neue Gemüts für den Frieden zu geben durch das Bündnis mit Frankreich und Belgien zur Verwirklichung der gemeinsamen Interessen gegen unerwünschte Angriffe. Chamberlain fuhr fort: Wir legen Wert auf dieses Bündnis und empfehlen es, nicht nur weil es an sich das richtige ist, sondern weil es unserer Ansicht nach diesen Ländern die Sicherheit gibt, die gerade die Grundlage für eine gemäßigte und vernünftige Behandlung unserer geschlagenen Feinde ist und die zur Abschüttelung Europas und zur Wiederherstellung der europäischen Wohlthat notwendig ist. In allen diesen Fragen werden die Nationalen und Liberalen Schulter an Schulter mit uns kämpfen. In allen diesen Fragen fordert die Arbeiterpartei unsere Politik heraus. Wenn Großbritannien ärgert oder krausdet, wenn zu der Ungewißheit über die Politik anderer Regierungen noch die Unsicherheit über die Politik der britischen Regierung kommt, wenn die Regierung Großbritanniens der Gnade einzelner Gruppen preisgegeben ist dann verlieren wir unsere Stellung. Mit unserem Ruin geht aber auch Europa zugrunde.

Abberufung Harveys aus London.

„Humentät“ meidet aus London: Harding hat sich entschlossen, den amerikanischen Botschafter in London Harvey abberufen. Die Abberufung Harveys kommt nicht überraschend, da gegen ihn in letzter Zeit nicht nur im Senat, sondern auch in der ganzen

Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten lebhaftere Kritikimmuna sich bemerkbar gemacht hatte. Man warte ihm nur, daß er sich von der englischen Regierung nicht zu sehr ins Schlepptau nehmen ließe und eher eine englische als eine amerikanische Politik verfolgte.

Der Wiederaufbau-Etat.

Schnelle Verabschiedung der großen Steuererlage notwendig. (Wichtigst.)

Am 1 Uhr 20 Minuten nachmittags wird die Sitzung eröffnet.

Nach debattierender Erörterung seiner Vorlagen durch Ausschussüberweisung wird die zweite Beratung des Wiederaufbau-Etats fortgesetzt.

Staatssekretär Dr. Müller bezieht die Bestimmungen über eine geplante Aufhebung des Ministeriums als aus der Luft gegriffen. Der komplizierte Apparat könne nicht ohne weiteres einem andern Ministerium angegliedert werden. Auch der Streichung von 78 Stellen habe das Ministerium nur schweren Bergang gewillt. Es bringe den gefähigsten Auslands- und Kolonialbeamten das größte Wohlwollen entgegen und behauere nur, daß es nicht alle berechtigten Wünsche erfüllen könne. Der Abbau der Kolonialverwaltung werde nicht verzögert, obwohl wir unzufrieden an der Hoffnung schloßen, daß wir wieder Kolonien erhalten würden. Redner behauptet, daß es nicht möglich war, mit Frankreich über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu einem Uebereinkommen zu gelangen, aber alle unsere Anstrengungen seien bei der französischen Regierung unermüdet geblieben. (Hört! Hört!). Unter Angabe auf die Ziffern von 20 000 Arbeitsplätzen hat schließlich nur zur Annahme von 76 Arbeitsplätzen geführt. Auf anderer Seite war immer Bereitwilligkeit über Bereitwilligkeit, auf der französischen Seite nur Ablehnung. Die französischen Sozialisten sind für die Beschäftigung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau, das französische Unternehmertum ist aber dagegen. Trotz aller Bemühungen wird die deutsche Regierung fortwährend Material, Sachverständigenleistungen zum Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen.

Herr Dr. Haas (Dem.): Mit dem Beständnis und dem guten Willen für die Notlage der Auslandsdeutschen ist nichts genau. Man muß ihnen endlich ausreichend und vor allem schnell helfen. Der im Referentenrat der Regierung vorgelegene Zahlungsplan, der den Gehaltsplan nur einen Teil der Ansprüche in bar verspricht, den Rest aber in noch mehrere Jahre laufenden Gehaltsrückstellungen und Schuldverschreibungen, kann unter Billigung nicht finden. Der Gedanke der unermesslichen Schuldvermehrung darf in dem neuen Zahlungsplan nicht wieder erscheinen. Auch Reichsminister dürfen nicht ungleichmäßig behandelt werden. Speziell darf die Regierung die nicht im Einklang, die während des Krieges im Ausland Kredit aufgenommen haben, am die deutsche Mark zu honoren, und die jetzt die Schuld in fremder Währung zurückzahlen sollen.

Herr Dr. Heider (Z.) verlangt die schnelle Verlesung des Ministeriums mit einem Minister und regt an, das Ministerium umzubenen zur Durchführung der wirtschaftl. Bestimmungen des Friedensvertrages. Dann würde keine Notwendigkeit in den weitesten Kreisen eingehen werden. Ein besseres Zusammenarbeiten mit dem Finanzministerium ist erforderlich, damit es nicht wieder vorkommt, daß während des Krieges aus dem Ausland abtransportierte Maschinen vom Finanzministerium bezogen und außerdem noch am Wiederaufbau auszugeben werden. Nach Deutschland zurückkehrende Auslandsdeutsche müssen bei einem Besuche ausgereicht werden und die geschädigten Domänenbesitzer des Ostens sind die ihnen zugesagte Entschädigung erhalten.

Herr Ernt (U.S.) glaubt im Wiederaufbauministerium Sachverständige von kapitalistischer Seite stellen zu können.

Herr B. ermann (B. Vp.) fordert die schnelle Hilfe für die Geschädigten, die bei dem Sturz des Schwerezes am 10. Oktober fortkommen, je später je heranzukommen.

Herr Samerer (Dn.) äußert die allen Wählern hohen sprechenden gegenwärtigen Verhältnisse in den getraubten Relationen und nennt das Marktschicksal unglücklich. Er erklärt, daß für seine Partei die Kolonien Germania irrtümlich seien.

Herr Friedl (Komm.) protestiert gegen den neuen Sachlieferungsvertrag, der nur den Interessen des Großkapitalismus diene.

Der Etat des Wiederaufbauministeriums wird sodann genehmigt, und eine Entschädigung angenommen, in der eine Denkschrift über die Umgestaltung des Ministeriums gefordert wird. Es entspringt sich sodann über den Vorlesung des Präsidenten Loche, die nächste Sitzung erst am Donnerstag, 9. März, abzuhalten, um den Beschluß und namentlich den Steuerzuschlag Zeit zum Nachdenken über Beratungen zu geben und dann am Donnerstag das Branntweinmonopol zu beraten, eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Redner der Rechten widersprechen, weil die Auslandsbeziehungen des Donnerstags noch nicht abgeschlossen sein können, und die Kommissare aus dem Grunde, weil man bei den Steuererträgen nicht mit den indirekten Steuern den Anfang machen solle.

Reichskanzler Dr. Brüch greift in die Debatte ein, erkennt an, daß die Ausschüsse sachlich und fleißig gearbeitet haben, betont aber, daß eine rasche Erledigung der großen Steuererlagen nicht nach der monatelangen Vorbereitung auch aus arbeitspolitischen Gründen als eine Notwendigkeit anzusehen sei. Ueber das Steuerkompromiß müsse endlich die Entscheidung fallen. Wollten wir in der Welt ernst genommen werden, müßten wir schleunigst zur Entscheidung gelangen.

Der Vorlesung des Präsidenten Loche wurde sodann angenommen. Die nächste Sitzung findet also Donnerstag, 9. März, nachmittags 2 Uhr statt. — Schluß 8 Uhr.

Homerule für Aegypten.

„Es bleibt aller beim allen!“

Von einem der in Berlin lebenden Führer der ägyptischen Freiheitsbewegung wird uns geschrieben:

Die Frei-Erklärung Aegyptens durch eine Botschaft Lloyd Georges ist ein vorzügliches Beispiel dafür, was man in der hohen Politik alles formulieren und proklamieren kann, ohne an der Sache auch nur das mindeste zu ändern. Die englische Macht bleibt, wie sie war. Nur das ägyptische Protektorat, das durch den Versailles Vertrag (Artikel 147) von allen Signatarmächten, also auch von Deutschland anerkannt worden war, ist aufgehoben. Man wird bald ägyptischen Geländen und Konjunkt begreifen. In Kairo wird ein braunes Parlament zummentreten. Aber wird man wirklich freiheitliche Wahlen ausstreuen ohne Wahlzwingen und ohne geheime Fonds?

Das Kabinett wird nur aus einer echten Nationalversammlung hervorgehen dürfen, die den wahren Willen des Volkes darstellt. Dazu gehört, daß das Parlament in Anwesenheit aller politisch Berechtigten gewählt wird. Die Bekanntheit müssen in das Land zurückkehren, vor allem Jagul, den die Engländer nach Malta verbannt haben. Man muß die Tore der Gefängnisse weit öffnen. Wo ist Abol Nachmann und die mit ihm verurteilt wurden? Die Opfer, die bei den letzten Aufständen im Lande der Pyramiden fielen, gleichen denen eines Krieges. Das Kauterbüro hat fünfmal geschwiegen. Aber die ägyptischen Landbesitzer, die in Europa weilen, haben Stöße von Berichten über Unruhen, Verhaftungen, Erschießungen und über den Anschlag auf Generalität brah aus. Richter, Rechtsanwälte, Lehrer, Verkehrsbeamte legen die Arbeit nieder. Auf wichtigen Eisenbahntrecken wurden Schienen aufgerissen. Die Bewegung breitet sich flüchtig aus. Kairo, Alexandria und Fort Said waren die Brennpunkte. In den Arbeitervierteln wurden Barrikaden errichtet. Selbst Frauen beteiligten sich an den Kumbgebungen. Jagul Gattin fand mit in nordlicher Reihe der Anführer. Irland war zum Korb. Wenn am 9. März das englische Unterparlament den seit dem 2. November 1914 bestehenden Aegyptenstatus in Aegypten durch Gesetz aufhebt, so wird damit den Gesetzgeber in Kairo geöffnet. Lord Allenby, der britische Oberkommissar, der bisher keinen anderen Rat wußte, als eben das beliebte Hausmittel der militärischen Diktatur, steht jetzt ein, daß nur die frische Luft der Freiheit das Fieber des Landes dämpfen wird. Aber was geschieht bei näherem Zusehen? Ein Palaststaat Englands wird in eine andere Form überführt. Es bleibt der Grundhaushalt bestehen, das keine dritte Macht an Aegypten interessiert sein darf. Lloyd George hat dies ausdrücklich allen Wählern ins Stammbuch geschrieben. Wir werden erklären, daß mit keiner anderen Macht geteilt werden, die besondern Beziehungen Großbritanniens zu Aegypten zum Gegenstand einer Erörterung zu machen oder in Frage zu stellen, und daß wir jeden berechtigten Versuch als eine unzureichende Handlung ansehen werden.“ Das war deutlich genug.

England scheint und verzweifelt. Es bringt der äußersten Freiheit ein Opfer, weil es im Grunde nichts kostet und einen größeren Gewinn sichern hilft. Nur jeder andere muß die Finger davon lassen! Soweit geht die Ungewissheit nicht! Begegnend sind die von Lloyd George aufgestellten Reservatpunkte, über die sich London und Kairo erst mal einigen müssen. Sie bestehen sich natürlich auf den Suezkanal der aber nicht genannt ist, sondern diplomatisch mit „Sicherung der Verbindungen“ und „Verwirklichung Aegyptens“ umschrieben wird.

Offen ausgesprochen wird die Frage des Subans. Damit hat es seine besondere Bewandnis. Der Suban ist für Aegypten eine Lebensfrage, weil in ihm die Quellen des Nils liegen. Der den Suban beherrschte, kann Aegypten aufrechterhalten oder verdrängen lassen, ganz nach Belieben. Die Aufrechterhaltung des Status im Sudan bedeutet, daß Aegypten die Verwaltung besitzt, die notwendigen Truppen für die Sicherheit des Subans ausstellt, dabei jedoch keinerlei Recht der Intervention im Sudan besitzt. Die Frage der Bewässerung ist auch nach dem neuen Statut einer Kommission von drei Mitgliedern vorbehalten, von denen zwei Vertreter des Subans und Vertreter von Uganda) England sind und einer Aegypten. Das heißt also, die Entscheidung über die Bewässerung ist in England ausgeliefert, auch ohne Beteiligung des Friedenszustandes. Mit diesem Subel an der Maschine kann England die Aegypten zu allem zwingen, was es will.

Die Welt sollte sich durch die neuen geschlossenen Proklamationen Englands nicht darüber hinwegtäuschen, daß die ägyptischen Nationalisten nach wie vor Freiheit im Sudan, Aufhebung der Besetzung und Neutralisierung der Kanalzone fordern. Darüber wird jetzt in London noch geflüstert werden.

Paris, 3. März. Sarowat Baidi einigte an den Sultan einen Brief, in dem er ihm die Resignation des Kabinetts mitteilt und erklärt, daß er das Ansehen der englischen Regierung in vollem Umfange annehme, und daß das Kabinett sich beileben werde, eine Konstantinische einzuverleihen und die Wahlen für das ägyptische Parlament zu organisieren.

